

17.03.99

AA - Fz - K

**Verordnung
der Bundesregierung**

**Verordnung zu dem Abkommen vom 19. September 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der
Regierung der Französischen Republik über die Gründung einer
Deutsch-Französischen Hochschule****A. Zielsetzung**

Zum Ausbau ihrer hochschulpolitischen Zusammenarbeit und zu einer engeren Verknüpfung deutscher und französischer Studiengänge haben die Bundesregierung und die französische Regierung die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule vereinbart. Hiermit wird eine neue Qualität gegenüber bestehenden Einrichtungen der bilateralen Hochschulzusammenarbeit durch folgende Innovationen geschaffen:

- Die Aufgaben der Deutsch-Französischen Hochschule erstrecken sich über das gesamte Spektrum der Hochschulaktivitäten, so daß künftig Grund- und Hauptstudien, Aufbaustudien nach dem berufsqualifizierenden Abschluß, die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere Graduiertenkollegs und Promotion, Habilitation sowie die Forschungsk Kooperation und die wissenschaftliche Weiterbildung in eine konkrete Kooperationsstruktur einbezogen sind.
- Die Deutsch-Französische Hochschule als Verbund deutscher und französischer Hochschulen wird einen hohen Integrationsgrad der beteiligten Partnerhochschulen erreichen. Damit erweitern sich die Gestaltungsmöglichkeiten und die Verantwortung der Hochschulen in den deutsch-französischen Hochschulbeziehungen. Die Deutsch-Französische Hochschule wird eine moderne Service-Einrichtung deutscher und französischer Hochschulen mit einem differenzierten Programmangebot in Lehre, Forschung und Ausbildung des Wissenschaftlernachwuchses sein.
- Den erfolgreichen Absolventen gemeinsamer deutsch-französischer Studiengänge soll der Erwerb eines binationalen Diploms bei der Partnerhochschulen oder eines eigenen Diploms der Deutsch-Französischen Hochschule ermöglicht werden. Die Umsetzung bedarf jedoch noch weiterer Vereinbarungen und innerstaatlicher Regelungen.

B. Lösung

Die Verordnung enthält die erforderlichen Bestimmungen zur Inkraftsetzung des Artikels 1 des Abkommens. Zur Inkraftsetzung des Abkommens im übrigen ist ein normativer Rechtsanwendungsbefehl nicht erforderlich.

Der Regelung in Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 des Abkommens liegt in bezug auf die Persönlichkeit aus dem Landesbereich das sog. „Kramer/Heubl-Papier“ zugrunde. Nähere Regelungen zu Stellung und Aufgaben sowie zum Verfahren bei der Heranziehung der Fachkraft betreffen die innerstaatliche Zuständigkeitsordnung und sind deshalb nicht im Abkommen getroffen. Insoweit bleibt die erwähnte Bund-Länder-Absprache unberührt. Der Vertreter der Länder nimmt danach eine vom Bund ad personam anvertraute Aufgabe unter entsprechender Verantwortlichkeit wahr. Eine gemischte Teilnahme der bundesstaatlichen Ebenen als solcher im völkerrechtlichen Verkehr findet nicht statt.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Durch die Ausführung der Verordnung werden die öffentlichen Haushalte mit zusätzlichen Kosten wie folgt belastet:

Das Regierungsabkommen sieht in Artikel 8 Abs. 2 vor, daß Deutschland und Frankreich Mittel in vergleichbarer Höhe zur Verfügung stellen; nach der zwischen den Außenministerien zugrundegelegten Finanzplanung sollen dies ab dem Jahr 2002 (Vollfunktion) ca. 10,515 Mio DM sein. Nach Abzug von 1,2 Mio DM für Graduiertenkollegs, die aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen von deren Antrags- und Bewilligungsverfahren aufgebracht werden sollen, verbleibt deutscherseits ein Finanzbedarf von jährlich 9,315 Mio DM, davon 0,515 Mio DM für den Beitrag zu den Kosten des Sekretariats und 8,8 Mio DM Programmkosten.

Dieser deutsche Kostenanteil wird auf Bund und Länder aufgeteilt. Vom Bund sollen 70 % der Programmkosten, d.h. jährlich 6,160 Mio DM, aus dem Einzelplan 30 (Kapitel 3004 Titel 68601) und der deutsche Beitrag zu den Kosten des Sekretariats, d.h. jährlich 0,515 Mio DM, aus dem Einzelplan 05 (Kapitel 0502 Titel 68634 BA 22), zusammen 6,675 Mio DM, finanziert werden. Die verbleibenden 30 % der Programmkosten, d.h. 2,640 Mio DM, werden von den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel aufgebracht.

Da die Programme des bisherigen Deutsch-Französischen Hochschulkollegs (DFHK) von der Deutsch-Französischen Hochschule übernommen oder eingestellt werden, sind zur Berechnung der entstehenden Mehrkosten die bisher in beiden Einzelplänen für das DFHK veranschlagten Mittel von zusammen 3,725 Mio DM abzu-

...

ziehen, so daß ab 2002 (Vollfunktion) für den Bund Mehrkosten von 2,950 Mio DM entstehen.

In der Anlaufzeit 1999 bis 2001 sind niedrigere Kosten zu erwarten. Insgesamt ergeben sich danach bis 2002 folgende Mehrkosten für Bund und Länder in Mio DM:

	<u>1999</u>	<u>2000</u>	<u>2001</u>	<u>2002</u>
Bund ¹⁾	0,514	0,780	1,900	2,950
Länder	-	1,710	2,190	2,640

E. Sonstige Kosten (z.B. Kosten für die Wirtschaft, Kosten für soziale Sicherungssysteme)

Weitere Kosten können den zukünftigen Mitgliedshochschulen der Deutsch-Französischen Hochschule durch Teilnahme an den Programmen durch Bereitstellung eigener Infrastruktur oder Budgetmittel je nach Programmplanung entstehen.

¹⁾ Davon in 1999 DM 64 000,-, ab dem Jahr 2000 jeweils 0,190 Mio DM im Epl. 05, Rest im Epl. 30.

17.03.99

AA - Fz - K

Verordnung
der Bundesregierung

**Verordnung zu dem Abkommen vom 19. September 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der
Regierung der Französischen Republik über die Gründung einer
Deutsch-Französischen Hochschule**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
032 (522) - 251 07 - Fr 1/99

Bonn, den 17. März 1999

An den
Präsidenten des Bundesrates

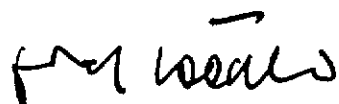
Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung zu dem Abkommen vom 19. September 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und
der Regierung der Französischen Republik über die Gründung
einer Deutsch-Französischen Hochschule

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des
Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.



**Verordnung
zu dem Abkommen vom 19. September 1997
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule
Vom**

Auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), der durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941) neu gefaßt worden ist, verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die Bestimmungen der Artikel II, III und IX des Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 (BGBl. 1954 II S. 639) finden sinngemäß auf die Deutsch-Französische Hochschule nach Maßgabe des Abkommens vom 19. September 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule Anwendung. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das in Artikel 1 genannte Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt.
- (2) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Begründung zur Verordnung

I. Allgemeiner Teil

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik haben anlässlich des deutsch-französischen Gipfels von Dijon im Frühjahr 1996 beschlossen, die Hochschullandschaften beider Staaten auf der Grundlage des Deutsch-Französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 enger zu verbinden. Da das 1988 gegründete Deutsch-Französische Hochschulkolleg seine Struktur hierfür als nicht ausreichend ansah, war dort der Vorschlag einer Deutsch-Französischen Hochschule in Form eines festen Hochschulverbundes, aber ohne eigene Lehr- und Forschungsstrukturen entwickelt worden. Dieses Projekt wurde von beiden Regierungen mit Nachdruck befürwortet. Auf der Grundlage eines von einer deutsch-französischen Expertengruppe erarbeiteten Entwurfs zur Gründung der Deutsch-Französischen Hochschule haben sodann die beiden Regierungen ein Abkommen ausgehandelt, das am 19. September 1997 auf dem Deutsch-Französischen Gipfel in Weimar von den beiden Außenministern unterzeichnet wurde.

Die Deutsch-Französische Hochschule wird ein fester Verbund von deutschen und französischen Mitgliedshochschulen mit eigener Rechtspersönlichkeit sein. Sie wird als zwischenstaatliche Einrichtung geschaffen. Sie soll über eine einheitliche Verwaltung, einen eigenen Präsidenten, Hochschulrat und Haushalt verfügen.

Ihre Aktivitäten werden aus Leistungen der in der Deutsch-Französischen Hochschule zusammengeschlossenen Hochschulen bzw. Fakultäten aus ganz Deutschland und ganz Frankreich bestehen. Das Konzept für die Deutsch-Französische Hochschule sieht ein zeitlich gestaffeltes Mehrstufen-Modell vor, insbesondere zur Erlangung eines einheitlichen Studienabschlusses, der aus rechtlichen Gründen erst mit Einrichtung der Studiengänge und nach weiteren völkerrechtlichen Vereinbarungen mit Frankreich und innerstaatlicher rechtlicher Umsetzung eingeführt werden kann. Ein solcher Abschluß kann dann von einer gemeinsamen deutsch-französischen Einrichtung unter Mitwirkung der beteiligten Hochschulen verliehen werden. Die bisherigen Möglichkeiten der Diplomverleihung werden daneben fortbestehen.

Das noch einzurichtende zwischenstaatliche Diplom der Deutsch-Französischen Hochschule wird zu einem qualitativen Sprung der deutsch-französischen Hochschulzusammenarbeit führen, der über die bisherigen Kooperations- und Koordinationsinstrumente des Deutsch-Französischen Vertrags von 1963 hinausreicht. Die neuartige Gradverleihung wird Modellcharakter für die künftige Gestaltung der europäischen Hochschullandschaft haben.

Der Verwaltungssitz der Deutsch-Französischen Hochschule wird in Saarbrücken eingerichtet.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Nach Artikel 1 des Abkommens sind der Deutsch-Französischen Hochschule Vorrechte und Immunitäten zu verleihen. Dies erfolgt durch Rechtsverordnung auf Grund des Artikels 3 des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen (BGBl. 1954 II S. 639), neu gefaßt durch Gesetz vom 16. August 1980 (BGBl. 1980 II S. 941). Diese Ermächtigungsgrundlage erfordert die Zustimmung des Bundesrates zu der Rechtsverordnung.

Im einzelnen soll die Deutsch-Französische Hochschule gemäß Artikel II § 3, Artikel III §§ 4, 7, 9 und Artikel IX § 31 Buchstabe a des vorgenannten VN-Abkommens vom 21. November 1947 folgende Vorrechte und Immunitäten erhalten: Einräumung von Rechtspersönlichkeit, Immunität von der Gerichtsbarkeit (unter der Maßgabe, für geeignete Streitschlichtungsverfahren zu sorgen), Verfügungsgewalt über finanzielle Mittel einschließlich Devisen, Befreiung von direkten Steuern und Zöllen.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten der Verordnung. Die Bestimmung in Satz 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Satz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 11 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule

Accord
entre le Gouvernement de la République fédéral d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
relatif à la création de l'Université franco-allemande

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Es wird eine Deutsch-Französische Hochschule als Verbund deutscher und französischer Hochschulen gegründet. Sie besitzt Rechtspersönlichkeit.

(2) Hierzu finden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Französischen Republik alle in den §§ 3, 4, 7, 9 und 31 Buchstabe a des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen niedergelegten Bestimmungen Anwendung.

Artikel 2

Der Ort des Verwaltungssitzes der Deutsch-Französischen Hochschule wird innerhalb von vier Monaten nach Unterzeichnung dieses Abkommens gesondert vereinbart.

Artikel 3

(1) Aufgabe der Deutsch-Französischen Hochschule ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Vertragsparteien im Hochschul- und Forschungsbereich. Zu diesem Zweck wird sie bestrebt sein,

1. die Beziehungen und den Austausch zwischen deutschen und französischen Hochschulen zu fördern,
2. Aktivitäten und Projekte von gemeinsamem Interesse in Lehre, Erstausbildung und Weiterbildung, Forschung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses durchzuführen.

(2) In diesem Rahmen wird sie insbesondere tätig durch

1. Initiierung, Förderung und Durchführung von deutsch-französischen Studienprogrammen in den verschiedenen Fächern und Studienstufen einschließlich berufspraktischer Studienphasen;
2. Förderung von langfristigen Studienaufenthalten an den jeweiligen Partnerhochschulen, sofern das an der Partnerhochschule absolvierte Studium und die dort abgelegten Prüfungen anerkannt werden;
3. Ausbau der Möglichkeit, als Abschluß gemeinsamer Studienprogramme zwei vergleichbare nationale Abschlüsse oder binationale Abschlüsse der Partnerhochschulen zu erwerben. Darüber hinaus kann die Deutsch-Französische Hochschule unter Mitwirkung der Hochschulen eigene Abschlüsse verleihen, sofern letztere auf nationaler Ebene gleichwertige Abschlüsse verleihen dürfen, die Verleihung eines einheit-

Le Gouvernement de la République fédéral d'Allemagne
et

le Gouvernement de la République française –

sont convenus de ce qui suit:

Article 1^{er}

1^o – Il est créé une Université franco-allemande, constituée par un réseau d'établissements d'enseignement supérieur français et allemands. Elle est dotée de la personnalité morale.

2^o – Les prescriptions figurant aux paragraphes 3, 4, 7, 9 et 31a de la Convention adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies, le 21 novembre 1947, sur les immunités et privilèges des institutions spécialisées s'appliqueront tant en République fédérale d'Allemagne qu'en République française.

Article 2

La localisation du siège administratif de l'Université franco-allemande fera l'objet d'un avenant dans un délai de quatre mois à compter de la signature du présent accord.

Article 3

1^o – L'Université franco-allemande a pour mission le renforcement de la coopération entre les deux parties dans les domaines de l'enseignement supérieur et de la recherche. A cette fin, elle s'attache à:

1. promouvoir les relations et les échanges entre établissements d'enseignement supérieur français et allemands,
2. mettre en œuvre des activités et des projets d'intérêt commun en matière d'enseignement, de formation initiale et continue, de recherche et de formation de jeunes chercheurs.

2^o – Dans ce cadre, elle mène notamment les actions suivantes:

1. Elle suscite, soutient et met en œuvre des programmes d'études franco-allemands dans différentes disciplines et différents cycles d'études, y compris les périodes de stages professionnels.
2. Elle favorise la mise en place de périodes d'études de durée significative dans les établissements partenaires à la condition que les études effectuées et les examens obtenus dans l'établissement partenaire soient validés.
3. Elle appuie l'acquisition, à l'issue de programmes d'études communs, de deux diplômes nationaux de niveau comparable ou de diplômes binationaux des établissements partenaires. Par ailleurs, l'Université franco-allemande peut délivrer ses propres diplômes avec le concours des établissements dès lors que ces derniers sont habilités à délivrer des diplômes de même niveau dans le cadre national, que l'inté-

lichen Abschlusses durch die Integration der Studiengänge gerechtfertigt ist und dieser Abschluß in beiden Ländern ohne weiteres anerkannt werden kann;

4. Förderung von Kooperationsvorhaben im Bereich der Graduiertenausbildung in beiden Ländern;
5. Beteiligung an der Vorbereitung gemeinsamer Vorhaben in Forschung und Entwicklung;
6. Förderung gemeinsamer Weiterbildungsmaßnahmen;
7. Unterstützung der telekommunikativen Vernetzung der Mitgliedshochschulen, insbesondere zur Förderung des Informationsaustausches und des Fernunterrichts;
8. Förderung von Begegnungen im Hochschul- und Forschungsbereich und von Kooperationsvorhaben mit anderen deutschen und französischen Einrichtungen und Behörden unter Einbeziehung der hochschulexternen Berufsausbildung.

Die Deutsch-Französische Hochschule ist offen für die Zusammenarbeit mit Hochschulen anderer, insbesondere europäischer Länder.

(3) Mitglieder der Deutsch-Französischen Hochschule können unter den in Artikel 6 Absatz 2 Nummer 2 genannten Bedingungen deutsche und französische Hochschulen werden, die ein Kooperationsprogramm in den Bereichen Lehre, Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Forschung durchführen. Zur Verwirklichung ihrer Ziele unterstützt die Deutsch-Französische Hochschule in curricularer, administrativer und finanzieller Hinsicht die Mitgliedshochschulen und solche Hochschulen, die aufgrund gemeinsamer, den Kriterien der Deutsch-Französischen Hochschule entsprechender Programme Mitglied werden können.

Artikel 4

Die Organe der Deutsch-Französischen Hochschule sind

- der Präsident und der Vizepräsident,
- der Hochschulrat,
- die Versammlung der Mitgliedshochschulen.

Artikel 5

(1) Der Präsident und der Vizepräsident, von denen der eine Deutscher, der andere Franzose ist, werden von der Versammlung der Mitgliedshochschulen auf Vorschlag des Hochschulrats gewählt; das Nähere bestimmt die Geschäftsordnung. Ihre Amtszeit beträgt vier Jahre; einmalige Wiederwahl ist möglich. Sie tauschen ihr Amt in der Mitte der Amtszeit.

(2) Der Präsident ist für die Umsetzung der Politik der Deutsch-Französischen Hochschule im Rahmen der Beschlüsse des Hochschulrats verantwortlich; er wird vom Vizepräsidenten unterstützt. Der Präsident vertritt die Deutsch-Französische Hochschule nach außen.

(3) Der Präsident verfügt über ein Sekretariat, das von einem Generalsekretär geleitet wird; diesem steht ein Stellvertreter zur Seite. Der Generalsekretär und sein Stellvertreter werden vom Präsidenten nach Stellungnahme des Hochschulrats ernannt. Der Vizepräsident kann bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die Dienste dieses Sekretariats in Anspruch nehmen.

Artikel 6

(1) Der Hochschulrat besteht aus zweiundzwanzig Mitgliedern; er setzt sich paritätisch zusammen aus

1. dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten,
2. vier Vertretern der staatlichen Behörden: auf deutscher Seite je einem Vertreter der Bundesregierung und der Länder, auf französischer Seite je einem Vertreter des Außenministers und des für das Hochschulwesen zuständigen Ministers,

gration des cursus d'études justifie la délivrance d'un diplôme unique et que ce diplôme peut jouir de la validité de plein droit dans l'un et l'autre pays.

4. Elle soutient la mise en place d'actions de coopération dans le domaine des formations doctorales respectives des deux pays.
5. Elle participe à la mise en place de projets communs en matière de recherche et de développement.
6. Elle soutient des actions communes de formation continue.
7. Elle appuie le développement d'un réseau de télécommunication entre établissements membres en vue notamment de renforcer les échanges d'informations et l'enseignement à distance.
8. Elle favorise les rencontres dans les domaines de l'enseignement supérieur et de la recherche ainsi que des coopérations avec d'autres institutions et administrations françaises et allemandes, y compris en matière de formation professionnelle extra-universitaire.

L'Université franco-allemande est ouverte à la coopération avec des établissements d'enseignement supérieur de pays tiers, notamment européens.

3° - Peuvent devenir membres de l'Université franco-allemande des établissements d'enseignement supérieur français et allemands qui mettent en œuvre un programme de coopération dans les domaines de l'enseignement, de la formation des jeunes chercheurs et de la recherche, dans les conditions mentionnées au point 2° 2 de l'article 6 du présent accord. Pour réaliser ses objectifs, l'Université franco-allemande apporte un soutien d'ordre pédagogique, administratif et financier aux établissements membres et à ceux qui, par la mise en place de programmes communs conformes aux critères qu'elle établit, sont susceptibles de le devenir.

Article 4

Les organes de l'Université franco-allemande sont:

- le président et le vice-président,
- le conseil d'université,
- l'assemblée des établissements membres.

Article 5

1° - Le président et le vice-président, l'un étant français, l'autre allemand, sont élus par l'assemblée des établissements membres sur proposition du conseil d'université, selon des modalités fixées par le règlement intérieur. Leur mandat est de quatre ans, renouvelable une seule fois. Leurs fonctions alternent à mi-mandat.

2° - Le président, avec le concours du vice-président, est responsable de la mise en œuvre de la politique de l'Université franco-allemande dans le cadre des décisions du conseil d'université. Il la représente à l'égard des tiers.

3° - Le président dispose d'un secrétariat dirigé par un secrétaire général, assisté d'un adjoint. Ceux-ci sont désignés par le président après avis du conseil d'université. Le vice-président peut, dans l'exercice de ses fonctions, faire appel aux services de ce secrétariat.

Article 6

1° - Le conseil d'université comprend vingt-deux membres, en nombre égal pour chaque partie:

1. le président et le vice-président,
2. quatre représentants des administrations publiques: un représentant du ministre des affaires étrangères et un représentant du ministre chargé de l'enseignement supérieur, du côté français, un représentant du Gouvernement fédéral et un représentant des Länder, du côté allemand,

3. acht als Lehrkräfte sowie als Lehrkräfte und Forscher tätigen Wissenschaftlern, von denen vier von der Versammlung der Mitgliedshochschulen, zwei von der deutschen Hochschulrektorenkonferenz, einer von der Conférence des présidents d'université und einer von der Conférence des directeurs d'écoles et de formation d'ingénieurs emanant werden;
4. vier Mitgliedern, die aufgrund ihrer Sachkompetenz ernannt werden, auf deutscher Seite vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und auf französischer Seite vom Außenminister und von dem für das Hochschulwesen zuständigen Minister,
5. vier Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, die vom Hochschulrat kooptiert werden.

Die Amtszeit der Ratsmitglieder mit Ausnahme der Vertreter der staatlichen Behörden beträgt vier Jahre; sie kann einmal um weitere vier Jahre verlängert werden.

(2) Der Hochschulrat legt die Leitlinien für die Deutsch-Französische Hochschule fest. Darüber hinaus

1. beschließt und bewertet er die Kooperationsprogramme;
2. entscheidet er über die Bedingungen für die Aufnahme von Hochschulen und genehmigt die entsprechenden Übereinkünfte und Mittelzuweisungen;
3. verabschiedet er den Haushalt und genehmigt den Jahresabschluß; erläßt er Richtlinien für eine sorgsame Verwaltung der Haushaltsmittel; bestellt er im Einvernehmen mit den beiden Regierungen je einen deutschen und einen französischen Rechnungsprüfer, die gemeinsam im Rahmen der Vorschriften der Hochschule jährlich die Verwendung ihrer Mittel prüfen und dem Hochschulrat Bericht erstatten; erteilt er nach Prüfung des Berichts der Rechnungsprüfer und einer etwaigen Stellungnahme des Präsidenten diesem Entlastung hinsichtlich der Ausführung des Haushaltsplans;
4. genehmigt er den jährlichen Tätigkeitsbericht des Präsidenten.

Der Hochschulrat gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Beschlüsse nach Absatz 2 Nummer 3 können nur mit Zustimmung der Vertreter der staatlichen Behörden gefaßt werden. Fragen der Lehre und Forschung unterliegen der alleinigen Zuständigkeit der als Lehrkraft und Forscher tätigen Mitglieder des Hochschulrats.

(3) Der Hochschulrat setzt einen wissenschaftlichen Beirat ein, dessen Zusammensetzung von den in Absatz 1 Nummern 1 und 3 genannten Mitgliedern des Hochschulrats bestimmt wird. Die Einzelheiten seiner Einsetzung werden in der Geschäftsordnung geregelt. Der wissenschaftliche Beirat wird insbesondere zu Fragen der Studien- und Forschungsprogramme sowie zur Verleihung von Abschlüssen durch die Deutsch-Französische Hochschule gehört.

Artikel 7

(1) Die Versammlung der Mitgliedshochschulen setzt sich aus je einem Vertreter der Mitgliedshochschulen zusammen. Sie tritt einmal jährlich unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deutsch-Französischen Hochschule zusammen. Der Präsident hat kein Stimmrecht.

(2) Die Versammlung der Mitgliedshochschulen ernennt ihre Vertreter im Hochschulrat und wählt auf Vorschlag des Hochschulrats den Präsidenten und den Vizepräsidenten. Sie nimmt den jährlichen Tätigkeitsbericht des Präsidenten entgegen.

(3) Die Versammlung der Mitgliedshochschulen kann dem Hochschulrat Vorschläge zu Hochschul- und Forschungsangelegenheiten im Rahmen der Deutsch-Französischen Hochschule unterbreiten.

Artikel 8

(1) Die Deutsch-Französische Hochschule verfügt über einen eigenen Haushalt.

3. huit enseignants et enseignants-chercheurs dont quatre sont désignés par l'assemblée des établissements membres d'une part, deux par la conférence des recteurs d'université allemands, un par la Conférence des présidents d'université et un par la conférence des directeurs d'écoles et de formations d'ingénieurs, d'autre part,
4. quatre membres désignés en raison de leurs compétences par le ministre des affaires étrangères et par le ministre chargé le l'enseignement supérieur, du côté français, par l'Office allemand d'échanges universitaires et par l'Association allemande pour la recherche (Deutsche Forschungsgemeinschaft), du côté allemand,
5. quatre personnalités du monde économique, cooptées par le conseil d'université.

Le mandat des membres du conseil autres que les représentants des administrations publiques est de quatre ans, renouvelable une fois.

2° - Le conseil d'université détermine les orientations de l'Université franco-allemande. Par ailleurs,

1. Il arrête les programmes de coopération et les évalue.
2. Il décide des conditions d'adhésion des établissements, approuve les conventions et les subventions correspondantes.
3. Il vote le budget et approuve les comptes. Il élabore les règles assurant la bonne gestion des crédits. Il désigne, en accord avec chacun des deux Gouvernements, deux commissaires aux comptes, l'un français, l'autre allemand, chargés, dans le cadre des règles propres à l'Université franco-allemande, de contrôler en commun chaque année l'utilisation des crédits et de lui en rendre compte. Il donne, après examen du rapport des commissaires aux comptes et des observations éventuelles du président, quitus à ce dernier de sa gestion pour l'exercice en cours.
4. Il approuve le rapport d'activité annuel du président.

Le conseil d'université adopte son règlement intérieur. Les décisions relevant du point 2° 3 du présent article ne peuvent être prises qu'avec l'accord des représentants des administrations publiques. Les questions relatives à l'enseignement et à la recherche relevant de la seule compétence des enseignants-chercheurs membres du conseil d'université.

3° - Le conseil d'université met en place une commission scientifique dont la composition est arrêtée par les membres du conseil d'université figurant aux points 1 et 3 de l'alinéa 1° du présent article. Les modalités de sa mise en place relèvent du règlement intérieur. La commission scientifique est consultée notamment sur les questions relatives aux programmes d'études et de recherche, ainsi que sur la délivrance de diplômes par l'Université franco-allemande.

Article 7

1° - L'assemblée des établissements membres comprend un représentant de chacun des établissements membres. Elle se réunit une fois par an sous la présidence du président de l'Université franco-allemande. Celui-ci ne participe pas aux votes.

2° - L'assemblée des établissements membres désigne ses représentants au sein du conseil d'université et élit le président ainsi que le vice-président sur propositions du conseil d'université. Le président lui présente son rapport d'activité annuel.

3° - L'assemblée des établissements membres peut formuler auprès du conseil d'université des propositions relatives au domaine de l'enseignement supérieur et de la recherche dans le cadre de l'Université franco-allemande.

Article 8

1° - L'Université franco-allemande dispose de son propre budget.

124/99

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik stellen der Deutsch-Französischen Hochschule Mittel in vergleichbarer Höhe zur Verfügung. Eine zusätzliche Finanzierung kann aus Mitteln Dritter erfolgen.

(3) Der Präsident hat im Rahmen der Beschlüsse des Hochschulrats die Anordnungsbefugnis für die Einnahmen und Ausgaben.

Artikel 9

(1) Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit und der für das Hochschulwesen zuständige französische Minister ernennen einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, die mit der Errichtung der Deutsch-Französischen Hochschule beauftragt werden. Ihre Amtszeit endet, sobald die Deutsch-Französische Hochschule über funktionsfähige Organe verfügt.

(2) Die Deutsch-Französische Hochschule übernimmt die Aufgaben des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs, das durch eine Vereinbarung durch Notenwechsel vom 12. November 1987 zwischen den beiden Regierungen gegründet wurde. Die Unterzeichnerparteien treffen die für diese Überleitung erforderlichen Regelungen nach Anhörung des Präsidenten der Deutsch-Französischen Hochschule und des Präsidenten des Deutsch-Französischen Hochschulkollegs.

Artikel 10

Dieses Abkommen wird für eine Dauer von vier Jahren geschlossen. Es verlängert sich danach stillschweigend um Zeitabschnitte derselben Dauer, sofern es nicht unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Jahren vor Ablauf des jeweiligen Zeitabschnitts auf diplomatischem Weg schriftlich gekündigt wird. Das Abkommen kann durch Zusatzabkommen geändert oder ergänzt werden.

Artikel 11

Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

Geschehen zu Weimar am 19. September 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2° - Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française mettent à sa disposition des fonds d'un montant sensiblement équivalent. L'Université franco-allemande peut par ailleurs bénéficier de financements tiers.

3° - Le président est l'ordonnateur des recettes et des dépenses dans le cadre des décisions du conseil d'université.

Article 9

1° - Le plénipotentiaire de la République fédérale d'Allemagne pour les affaires culturelles dans le cadre du Traité sur la coopération franco-allemande et le ministre français chargé de l'enseignement supérieur désignent un président et un vice-président chargés de la mise en place de l'Université franco-allemande. Leur présidence prend fin dès lors que l'Université franco-allemande dispose des organes nécessaires à son fonctionnement.

2° - L'Université franco-allemande prend en charge les missions du Collège franco-allemand pour l'enseignement supérieur, créé par un accord, sous la forme d'un échange de lettres entre les deux gouvernements, en date du 12 novembre 1987. Les parties signataires prennent les dispositions nécessaires à ce transfert après consultation du président de l'Université franco-allemande et du président du Collège franco-allemand pour l'enseignement supérieur.

Article 10

Le présent accord est conclu pour une durée de quatre ans. Il est ensuite renouvelé tacitement par périodes de même durée, sauf dénonciation qui devra être notifiée, par la voie diplomatique et par écrit, deux ans au moins avant l'expiration du terme de la période en cours. Le présent accord peut être modifié ou complété par des avenants.

Article 11

Chacune des parties contractantes notifie à l'autre l'accomplissement des procédures constitutionnelles requises en ce qui la concerne pour l'entrée en vigueur du présent accord, qui prend effet le premier jour du deuxième mois suivant le jour de la réception de la seconde notification.

Fait à Weimar le 19 septembre 1997, en double exemplaire, en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
Kinkel

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le Gouvernement de la République française
Hubert Vedrine

30.04.99**Beschluß**
des Bundesrates

Verordnung zu dem Abkommen vom 19. September 1997 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Gründung einer Deutsch-Französischen Hochschule

Der Bundesrat hat in seiner 737. Sitzung am 30. April 1999 beschlossen, der Verordnung gemäß Artikel 80 Abs. 2 des Grundgesetzes zuzustimmen.